

Jörg Hofmann

Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg



Kundgebung am 1. Mai 2013 in Karlsruhe

Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute vor 80 Jahren erklärten die Nationalsozialisten den internationalen Tag der Arbeiterbewegung zum „Feiertag der nationalen Arbeit“.

Einen Tag später überfielen SA-Kommandos die Gewerkschaftshäuser, auch hier in Karlsruhe, verhafteten Gewerkschaftsführer, folterten sie und prügeln viele zu Tode.

Der Tag der Zerschlagung der Gewerkschaften besiegelte das Ende der Demokratie. Es war der Beginn einer zwölfjährigen Terrorherrschaft mit Gewalt, Krieg und Holocaust.

Am Ende hatten über 50 Millionen Menschen ihr Leben verloren, hunderte Millionen waren körperlich geschädigt und seelisch traumatisiert.

Wenn wir heute an diese Menschheitskatastrophe erinnern, dann tun wir das in dem Wissen, dass die faschistische Machteroberung auch der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung war. Denn sie war gespalten, zerstritten, verfeindet und damit machtlos.

Das darf sich nie wiederholen!

Die Idee der Einheitsgewerkschaft ist so, wie ich sie verstehe, nicht nur die Idee der gemeinsamen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der abhängig Beschäftigten.

Es ist die Idee einer starken, engagierten und solidarischen Gemeinschaft, für die die Würde des Menschen und seine Freiheit unantastbar sind.

Das betrifft seine Freiheit von materieller Not ebenso wie sein Recht, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen. Faschismus hingegen ist ein Anschlag auf diese Werte. Und eine Gefahr für Leib und Leben.

Über 150 Menschen sind so seit der Wiedervereinigung in Deutschland Opfer rassistischer Gewalt geworden. Zehn Morde hat allein die Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ auf dem Gewissen.

Ich erwarte, dass der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags umfassend das Versagen der Sicherheitsbehörden aufklärt. Ich erwarte, dass die Politik Konsequenzen zieht. Vor allem erwarte ich, dass die NPD, dass alle faschistischen Organisationen endlich verboten werden.

Denn dabei bleibe ich: Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen!

Am 25. Mai ist hier in Karlsruhe ein bundesweiter Naziaufmarsch geplant. Sie wollen – und das schlägt dem Fass den Boden aus – auf das „Schicksal“ inhaftierter „Kameraden“ aufmerksam machen.

„Kameraden“, die wegen Gewaltdelikten und Volksverhetzung im Gefängnis sitzen.

Wir sollten gemeinsam dafür Sorge tragen, dass ihnen Karlsruhe und seine Bürger, die Stadt unserer Verfassung, entgegenreten. Wir haben nichts vergessen. Wir sind wachsam. Und wir sind viele!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute gibt es in unserem Land einige, die den 1. Mai als Festtag für die arbeitenden Menschen als überholt, verstaubt, ewig gestrig erachten.

Der 1. Mai ist keine Folklore, wie ihn der Ex-Präsident von Gesamtmetall Kannegieser bezeichnete, der 1. Mai ist und bleibt der Tag Ungerechtigkeit zu benennen und den abhängig Beschäftigten eine Stimme zu geben.

Und dies ist keine Notwendigkeit aus der Mottenkiste des Frühkapitalismus. Gerade heute muss man sagen: Es gibt nichts Moderneres, als sich für soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Gute Arbeit einzusetzen.

Wir beschreiben hier in Karlsruhe und der ganzen Republik am 1. Mai die soziale Realität im Land. Eine Realität die zu oft in der veröffentlichten Meinung nicht aufgegriffen wird.

Es ist der Blick derer, bei denen die Nachzahlung für Strom und Gas ein tiefes Loch in die ohnehin schon angespannte Haushaltskasse reißt und der geplante Urlaub gestrichen wird.

Es ist der Blick derer, deren Lohn nur dann überhaupt zum Überleben reicht, wenn das Sozialamt die kargen Bezüge auf ebenfalls karges Hartz IV Niveau aufstockt.

Es ist der Blick derer, die ihr Leben lang geschuftet haben und nicht mehr können, aber auch nicht in Rente, da dies nackte Armut bedeuten würde.

Lassen wir uns nicht täuschen: Auch die regierungsamtliche Rhetorik wird im Wahlkampf mit der Parole „Deutschland geht es gut“ heiß laufen.

Deutschland ist aber noch lange kein Arbeitnehmerparadies, nur weil die Lage in anderen Ländern weitaus schlimmer ist.

Und wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit so hoch ist, sollten auch alle, einschließlich derjenigen, die den „Betrieb“ am Laufen halten, auch etwas davon haben. So wie wir überhaupt nur besser dastehen, weil auf den Ausbruch der Krise 2008 unter Beteiligung der Gewerkschaften mit einer klugen und vorausschauenden Politik reagiert wurde. Mit Maßnahmen und Programmen, die der jetzige Wirtschaftsminister und seine Entourage als Teufelszeug beschreiben.

Dass die Rössler's dieses Landes nun die Früchte von einem Baum ernten wollen, den sie am liebsten gefällt hätten, ist dreist, verlogen und eine Provokation ersten Ranges!

Vielleicht aber sollte es nicht weiter verwundern, dass einige im Land die Lage alles anders als düster sehen. Denn einige sitzen ja auch recht entspannt auf dem „Sonendeck“ und fürchten sich vielleicht allenfalls vor dem Ankauf weiterer Schweizer

Steuer-CDs, wenn sie ihr Geld nicht schon längst auf die Cayman-Islands verbracht haben.

Vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung ihren Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Auch wenn einige unliebsame Formulierungen der „Ressortabstimmung“, das hört sich besser als Zensur an, zum Opfer fielen, hat dieser eines sehr deutlich bestätigt:

Die oberen 10% werden immer reicher und der Rest fällt zurück. Mit der Folge, dass die unteren 50% kein Vermögen haben bzw. verschuldet sind. Wir sagen: Schluss mit dieser Schieflage. Eine gerechtere Verteilung ist zwingend für sozialen Zusammenhalt und Ausgleich in unserem Lande, Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ohne einen politischen Kurswechsel wird es keine hinreichende Korrektur dieser zutiefst ungerechten verteilungspolitischen Schieflage geben.

Wer glaubt, man könne allein mit den Mitteln der Tarifpolitik die Verhältnisse auf ein gesundes Maß zurechtstutzen, der irrt. Deshalb müssen und werden wir uns in den Bundestagswahlkampf einmischen.

Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik waren so viele Menschen erwerbstätig wie heute. Und ebenfalls nie zuvor waren atypische und prekäre Beschäftigung weiter verbreitet, der Niedriglohnsektor größer und die Reallohnentwicklung im unteren Bereich schwächer.

Es ist offensichtlich nicht die Arbeit an sich, die verschwindet! Sondern sichere Arbeitsplätze mit tariflich geregelten Einkommen, guten Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen sowie Mitbestimmungsrechten.

Von dieser Entwicklung betroffen sind insbesondere Berufseinsteiger und junge Erwachsene, in zunehmendem Maße aber auch ältere Beschäftigte.

Es droht eine Situation, in der das sozial abgesicherte Normalarbeitsverhältnis „Privileg“ der heute 30-50 jährigen ist. Ohne dass jüngere in diesen Status hineinwachsen bzw. ältere ihn über diese Grenze hinaus halten können.

Der Verrohung der Sitten am Arbeitsmarkt, die immer neue Formen wie z.B. der missbräuchlichen Anwendung von Werkverträgen findet, müssen wir Einhalt gebieten.

Oder anders formuliert: Wir fordern den Schutz des Normalarbeitsverhältnisses und eine Ordnung am Arbeitsmarkt, die prekäre Beschäftigung zurückdrängt, anstatt sie zu fördern. Dazu gehört auch ein allgemeiner und verbindlicher Mindestlohn von anfänglich mindestens 8,50 EUR.

Denn nur so können wir verhindern, dass Arbeit zur beliebigen Ramschware verkommt. Die nach Bedarf zu Niedrigkonditionen am Markt eingekauft und dann verwendet wird, wie etwa der Inhalt einer Kiste Schrauben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit ist auch Voraussetzung für eine sichere, auskömmliche Rente. Dies war zumindest in der Vergangenheit so.

Heute gilt dies nur noch eingeschränkt. Denn das Rentenniveau befindet sich seit Beginn des Jahrtausends durch die Einführung diverser Kürzungs- und Dämpfungsfaktoren im freien Fall.

Um in Zukunft eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten, müssen Durchschnittsverdiener 33 Jahre ununterbrochen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein.

Aber nur 8% der Rentenzugänge entsprechen überhaupt dem Idealbild einer durchgängigen Erwerbsbiographie. Über die Hälfte der „Neurentner“ mussten hingegen 2011 Abschlüsse in Kauf nehmen.

Und 30% der Beschäftigten scheiden schon heute frühzeitig aus dem Berufsleben aus, weil sie aufgrund gesundheitlicher Probleme schlichtweg nicht mehr können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich fasse zusammen: Viele Beschäftigten werden angesichts von Arbeitsverdichtung, ausufernden Arbeitszeiten und stetig steigendem Leistungsdruck regelrecht zerschlagen.

Wenn sie nicht mehr können, werden sie zum Dank auf die Straße gesetzt und mit einer Minirente abgespeist, die durch Abschläge nochmals an Wert verliert.

Abschläge, die immer höher werden, weil die Lücke bis zur abschlagfreien Regelaltersgrenze natürlich steigt, wenn die Rente mit 67 voll wirksam ist.

Das geht auch anders: Rücknahme der Rente mit 67, Anerkennung von Lebensleistung durch eine abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren, Ausbau von flexiblen Ausstiegsoptionen und einer Sicherung des Rentenniveaus bei 50%, um nur einige zentrale Punkte zu nennen, die zwingend notwendig sind, Kolleginnen und Kollegen, wollen wir nicht ein Land der armen Alten werden.

Dazu müssen die Beiträge steigen. Aber die Alternative ist eine „billige“ Rumpfversicherung. Die wenig leistet und weder Lebenswirklichkeit noch Lebensleistung berücksichtigt. Die, so man es sich leisten kann, zur teuren und intransparenten Privativorsorge zwingt. Die Altersarmut provoziert und dem Steuerzahler die Zeche in Form steigender Aufwendungen für die Grundsicherung zuschiebt.

Wobei Letzteres umso weniger hinzunehmen ist, als dass das Steuersystem selbst immer weniger zu einer gerechten Verteilung im Land beiträgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bund, Länder und Gemeinden hätten allein 2011 51 Mrd. EUR mehr an Steuereinnahmen, wenn noch die Steuergesetze von 1998 gälten.

Ich habe es satt, dass die reale Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der FDP und ihrer Klientel immer wieder skandalisiert wird, um so den Nährboden für Entlastungen der oberen 10% zu schaffen.

Und auch der immer wieder gehörte Einwand, dass die Spitzenverdiener ja schließlich den Löwenanteil an der Einkommenssteuer tragen, ist grob irreführend. Weil erstens die direkten Steuern insgesamt an Bedeutung verloren haben und zweitens dies eine natürliche Folge der zunehmenden Einkommensungleichheit ist.

Nach dieser Logik wäre ein Land, indem wenige nahezu alles besitzen und verdienen und darauf einen geringen Steuersatz zahlen, ein steuergerechtes Land. Schließlich erbringen die Reichen 100% der Steuereinnahmen. Das ist doch Irrsinn Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
mit diesem Irrweg muss Schluss sein.

Die staatliche KfW Bank beziffert den Investitionsrückstand in den Kommunen inzwischen auf über 100 Mrd. EUR.

Bei Schulen, Straßen und öffentlichen Gebäuden wird seit Jahren eher geflickt als grundlegend renoviert, Schwimmbäder und Bibliotheken werden geschlossen, Gebühren erhöht.

Seit der Jahrtausendwende war die Netto-Investitionsquote der öffentlichen Hand in Deutschland gemessen am Bruttoinlandsprodukt im Schnitt negativ. Das heißt, die öffentlichen Investitionen haben nicht einmal den Ersatzbedarf gedeckt. Deutschland lebt damit von der Substanz.

Ich sage aber auch: Den bisherigen Weg, die Mangelverwaltung mit Schulden zu finanzieren, sollten wir nicht weiter verfolgen. Denn Schulden können kein Dauerersatz für eine gerechte und ertragreiche Ausgestaltung des Steuersystems sein!

Vielmehr gilt: Die Schulden von heute sind nicht eingezogene Steuern von gestern. Und die Schulden von morgen nicht eingezogenen Steuern von heute!

Was wir brauchen ist mehr Steuergerechtigkeit: Durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen, durch die stärkere Heranziehung großer Vermögen, durch die zügige Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer sowie eine effektive Bekämpfung aller Steueroasen sind das Gebot der Stunde.

Diese Maßnahmenbündel wäre auch ein Beitrag, Gelder aus den Sphären der Finanzmärkte wieder in die reale Ökonomie zurück zu holen. Denn während sie dort Probleme bereiten, werden sie hier gebraucht.

Eine solche Politik macht einige wenige etwas weniger reich, aber fast alle weniger arm. Oder anders formuliert: Eigentum verpflichtet! Und dies werden wir politisch einfordern, Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wirklich düster, im Grunde eher „tiefschwarz“, ist die Lage in vielen unserer Nachbarländer. 9 Millionen junge Menschen suchen in der EU händeringend Arbeit, in Spanien und Griechenland weit mehr als jeder zweite.

Dabei ist klar: Europa hat keine Zukunft, wenn wir sie den jungen Menschen nicht geben.

Deshalb ist es zwingend, die realwirtschaftliche Abwärtsspirale – befeuert durch unbittlichen Konsolidierungsdruck – zu durchbrechen.

Wir brauchen ein europäisches Investitionsprogramm in Bildung und Ausbildung, Infrastruktur, ökologische Modernisierung, Forschung und Entwicklung. Und natürlich in Maßnahmen und Programme, die den jungen Erwachsenen hier und jetzt eine Perspektive bieten.

Dies in Kombination mit einer demokratisch legitimierten Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone. Die die Refinanzierungslasten der Staa-

ten kurzfristig mildert, mittel- bis langfristig die Verschuldung zurückführt und Korridore für soziale und steuerliche Mindeststandards festschreibt. Eine Politik also, deren Anspruch weiter reicht, als allein die Gläubiger mit Steuergeldern zu sanieren.

Deutschland kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Denn die Entwicklung ist auf Dauer kein Nullsummenspiel. Entweder wir überwinden die Krise gemeinsam, oder wir scheitern jeder für sich. So einfach ist das. Denn gerade Deutschland käme ein Zerfall der Eurozone teuer zu stehen.

Deshalb ist Solidarität das Gebot der Stunde. Solidarität, die allerdings bewusst untergraben wird, um Ursachen, Verantwortung und Schuld an der Krise zu vernebeln und eigene Interessen zu verschleiern. Nach dem Motto: die faulen Südeuropäer liegen den fleißigen Nordeuropäer auf der Tasche.

Nationen werden so gegeneinander aufgehetzt. Mit grob falschen Zerrbildern der jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Realitäten. Als wären Staaten einheitliche moralische, klassenfreie Akteure.

Dabei sollte für uns klar sein: Der Konflikt verläuft eben nicht zwischen deutschen „Niedriglöhnern“ und arbeitslosen spanischen Jugendlichen. Sondern grenzüberschreitend zwischen den Profiteuren der Krise und deren Leittragende, zwischen Verursachern und Opfern.

Ein letzter Punkt zu Europa. Die gegenwärtige Krisenpolitik spaltet Europa nicht nur wirtschaftlich. Sondern führt auch zur politischen Entmündigung.

Denn demokratische Wahlen werden bedeutungslos, wenn es aufgrund von Defiziten nichts mehr zu gestalten gibt. Wenn Entscheidungen hinter verschlossenen Türen durch die Regierungschefs der EU-Staaten „ausgedeutet“ werden. Wenn Politik durch starre Schuldenbremsen gegenüber dem Willen der Wähler dauerhaft immunisiert wird.

Dass dann in den Krisenstaaten gerade auch Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte beschnitten werden, ist im Grunde konsequent. Schließlich gilt es, den eingeschlagenen Irrweg gegen möglichen Widerstand abzusichern.

Auch dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen. Denn Europa muss mehr sein als ein Einlagensicherungssystem und Inkassobüro für Staatsschulden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
natürlich sind wir gefordert, die Dinge auch selbst in die Hand zu nehmen.

Aktuell läuft die Tarifrunde für die 3,7 Mio. Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Das erste materielle Angebot der Arbeitgeber liegt in Form einer doppelten Nullnummer vor: Erst zwei Monate nichts und dann null Kaufkraftzuwachs.

Das ist nicht nur frech, es provoziert den Konflikt! Dieses Angebot honoriert in keiner Weise die Arbeitsleistung der Beschäftigten. Es trägt auch nicht dazu bei, durch ein Mehr an Kaufkraft Deutschland als Wachstumsanker in Europa zu stabilisieren. Und es wird der ökonomischen Situation einer Branche nicht gerecht, die im letzten Geschäftsjahr eine Bruttorendite von ca. 50 Mrd. EUR eingefahren hat.

Die Absicht ist klar: die Arbeitgeber wollen ihre Rendite durch das Einfrieren der Reallohne schützen.

Deshalb werden wir die Auseinandersetzung auf die nächste Stufe heben. Morgen Nacht läuft die erste Warnstreikwelle an.

Unsere Forderung lautet 5,5%. Sie ist gut begründet und genießt den Rückhalt der Beschäftigten. Und wer dies nicht hören will, wird dies fühlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
2013 wurden und werden Lohn- und Gehaltstarifverträge für 12,5 Mio. Beschäftigte neu verhandelt. Ein einigen Branchen wurden erste Abschlüsse erreicht.

Aber die guten Ergebnisse, die 2012 erreicht wurden mit einem realen Lohnplus von 0,7% im Durchschnitt aller Beschäftigten, ein Plus erstmals seit langen Jahren, scheinen sich in 2013 fortzusetzen. Große Branchen, wie etwa der Einzelhandel werden hoffentlich folgen.

Zuversichtlich stimmt mich, dass die Konflikte um eine gerechte Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen zunehmend auch in Unternehmen ausgetragen werden, die bisher eher durch Blockadehaltung, Behinderung von Betriebsratsarbeit und Einschüchterung der Belegschaften aufgefallen sind, wie etwa bei Amazon. Wir wünschen den Kollegen und Kolleginnen dort, dass sie ihre Ziele erreichen. Und damit ein Beispiel für andere geben.

Und wenn Unternehmen, auch hier in der Region, wie Klingelberg oder Gear-Motion glauben, sie könnten Arbeitsplätze einfach verlagern oder vernichten, sich davon-schleichen und Existenzen vernichten, dann werden wir uns solidarisch entgegenstellen.

Ohne selbstbewusste und wenn nötig konfliktbereite Belegschaften kann es keinen Kurswechsel geben, egal wie die politischen Mehrheitsverhältnisse auch immer aussehen mögen

Unsere Kraft liegt in der Solidarität der Beschäftigten. Im Betrieb, in den Gewerkschaften. Der 1. Mai ist und bleibt der Tag der Solidarität aller abhängig Beschäftigten, der internationale Tag der Arbeit, der Tag für Gerechtigkeit und Freiheit. Dafür demonstrieren wir heute, Glückauf Kolleginnen und Kollegen!